

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,  
voraussichtlich  
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der  
Zentralvereine, den Vertrauensleuten  
der Gewerkschaften und den Redaktionen  
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:  
G. Legien,  
Zollvereins-Niederlage,  
Wilhelmstr. 8, I.

### Kongresse und Generalversammlungen.

#### Fünfter Verbandstag

der in Buchbindereien, Papier- und Leder-  
galanteriewaaren-Industrie beschäftigten  
Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Halle a. S., 21.—23. Februar.

Anwesend sind 28 Delegirte, die insgesamt  
5332 männliche und 2320 weibliche Mitglieder  
vertreten, der Zentralvorsitzende und Kassirer, sowie  
der Vorsitzende des Ausschusses.

Der Rechenschaftsbericht des Vorstandes um-  
faßt einen Zeitraum von 3 1/2 Jahren. Folgendes  
ist aus demselben hervorzuheben:

Die in Frankfurt auf dem letzten Verbands-  
tage beschlossene Umänderung des Verbandes von  
Vereinen in einen Verband von Einzelmitgliedern  
ist zum Vortheil des Verbandes gewesen; gleich-  
falls hat sich die Eintheilung von Gauen bewährt.

Das Jahr 1896 ist für den Verband besonders  
reich an Lohnbewegungen gewesen; 17 größere  
Streiks haben stattgefunden, die theilweise mit  
Erfolg für die Arbeiter geendet haben. In drei  
Orten ist es nicht zum Ausstand gekommen, indem  
eine Einigung erzielt wurde.

Die Lohnbewegungen erforderten einen Kosten-  
aufwand von ja. M. 55 000.

Die Einnahme des Verbandes betrug vom  
1. Januar 1893 bis zum 31. Dezember 1896  
M. 104 465,95. Die Ausgabe in derselben Zeit  
M. 72 208,34. In der Ausgabe stehen folgende  
Posten: „Buchbinderzeitung“ M. 30 172,18, Agitation  
M. 1978,35, persönliche Verwaltung M. 9405,50,  
sachliche Verwaltung M. 9689,81, Rechtsschutz  
M. 83,90, für Streiks M. 39 000; außerdem zahlten  
noch die Lokalkassen M. 16 000 an Streikunter-  
stützung. Ferner sind an die Generalkommission  
M. 2459,83 als Quartalsbeitrag bezahlt worden.

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1893  
2821, am 1. Januar 1897 7652. Ueber „Die  
Lohnbewegung im Jahre 1896“ referirte der Vor-  
sitzende des Verbandes.

Nach langem Debattiren wurde nachstehende  
Resolution angenommen:

„Der Verbandstag der Buchbinder beschließt,  
nach dem Ergebniß der Berathung über die Lohn-  
bewegung, daß im nächsten Herbst überall, wo es  
im vorigen Jahre noch nicht möglich war, die

neunstündige Arbeitszeit und einen den örtlichen  
Verhältnissen entsprechenden Minimallohn zu er-  
reichen, mit allen Mitteln dahin zu streben, um  
Dieses in diesem Jahre noch zu erreichen. Im  
Uebrigen ist der Verbandstag der Ansicht, daß die  
im vorigen Jahre errungenen Abmachungen unter  
allen Umständen aufrecht erhalten werden müssen.  
Im Weiteren warnt der Verbandstag dringend,  
bei geringfügigen Anlässen, wie es in letzter Zeit  
leider des Ofteren vorgekommen, in Werkstüb-  
streiks einzutreten, da dieselben in seltenen Fällen  
zu Gunsten der Arbeiter beendet werden und den  
Arbeitern und Arbeiterinnen im Großen und  
Ganzen mehr schaden als nützen.“

Nachdem an einzelnen Paragraphen des Statuts  
Änderungen, theils redaktioneller Natur, theils  
um selbige den preussischen und sächsischen Ver-  
einsgesetz anzupassen, vorgenommen waren, wurde  
beschlossen, den Beitrag für Arbeiter auf wöchent-  
lich 35 M., für Arbeiterinnen auf wöchentlich 15 M.  
zu erhöhen; außerdem haben Vorstand und Aus-  
schuß das Recht, eine Extrasteuer, dem momentanen  
Bedarf entsprechend, auszusprechen.

Der § 45 des Statuts: „Zentral-Arbeitsnach-  
weis“, wird gestrichen und die Errichtung von  
Arbeitsnachweisen den einzelnen Zahlstellen über-  
lassen. Ferner wird beschlossen, daß 20 pSt. der  
Einnahme den Zahlstellen verbleiben.

Sämmtliche für Streiks aufgebrauchte Gelder  
sollen in Zukunft zwecks gleichmäßiger Vertheilung  
an den Vorstand gesandt werden.

Regelmäßige Verbandstage sowie regelmäßige  
Urabstimmung finden nicht statt, vielmehr bleibt  
es dem Vorstand und Ausschuß überlassen, diese  
nach Bedarf auszuschreiben; jedoch muß dies sechs  
Wochen vorher im Verbandsorgan bekannt gegeben  
werden.

Bei künftiger Aufnahme von Berufsstatistiken  
sollen einige Fragen betreffs der Heimarbeit be-  
rücksichtigt werden.

Die Presse betreffend, wurde eine Resolution  
angenommen, die besagt, daß dem Redakteur mehr  
Mittel als bisher zur Verfügung gestellt werden,  
um die Zeitung in jeder Weise besser ausstatten  
zu können, und daß hierzu eine permanente Mit-  
arbeiterchaft aus allen Theilen Deutschlands er-  
wünscht ist. Von einem Leipziger Delegirten wird  
noch berichtet, daß man dort jetzt auch zu der

Einsetzung von technisch gebildeten Aufsichtsbeamten nach Art der Fabrikinspektoren, welche die Innehaltung der baupolizeilichen Vorschriften zu überwachen haben.

Es wird ferner noch beschlossen, auf die Beseitigung der Akfordarbeit hinzuwirken, internationale Beziehungen mit den Berufsgenossen anderer Länder anzuknüpfen und für die Maifeier zu agitiren. Dem Verbandstag der Maurer soll ein Antrag auf Verschmelzung der Organisation der Maurer mit der der Bauarbeiter unterbreitet werden. Nach Erledigung einiger weniger bedeutungsvoller Angelegenheiten wurde der Kongreß geschlossen.

#### Vierter Verbandstag des Verbandes der Bauarbeiter.

Berlin, 17. bis 19. Februar 1897.

Es sind 60 Zahlstellen durch 33 Delegirte vertreten. Ferner sind drei Mitglieder des Vorstandes und ein Mitglied des Ausschusses anwesend. Nach dem Bericht des Vorstandes war das Jahr 1895 für das Baugewerbe kein günstiges und unter den Bauarbeitern große Arbeitslosigkeit vorhanden. Die geringe Besserung des Jahres 1896 brachte auch eine lebhaftere Bewegung unter den Bauarbeitern und eine größere Theilnahme an dem Verbands. Der Vorstand hat eine umfangreiche Agitation in den letzten beiden Jahren entfaltet, und war der Erfolg, daß die Zahl der Zweigvereine auf 61, die der Mitglieder auf über 4000 stieg. 1895 fand ein Streik in Flensburg statt, der erfolglos verlief und der Verbandskasse M. 3117 Kosten verursachte. Ein Streik in Leipzig in demselben Jahre hatte einen günstigen Ausgang. 1896 fanden Streiks in Kottbus, Oldenburg, Kassel, Erfurt, Hannover-Linden, Breslau, Kulmbach, Bergedorf, Forst, Leipzig und Dresden statt, die eine geringe Lohnerhöhung brachten. Der Streik in Kottbus mußte ohne Erfolg beendet werden, doch wurde nachträglich eine Lohnerhöhung gewährt. Im Winter traten die Bauarbeiter in Begesack in eine Lohnbewegung ein, in welche die Hilfsarbeiter hineingezogen wurden. Vorstand und Ausschuß erklärten sich gegen den Streik, doch wurde er trotzdem fortgeführt. Für Streiks wurden insgesammt M. 5394 verausgabt. Bezüglich des Verbandsorgans wurde

der Versuch gemacht, eine Verständigung mit den Maurern und Zimmerern über die Herausgabe eines gemeinsamen Organs herbeizuführen, doch führten die Unterhandlungen zu keinem Resultat. Da die Ausgaben für das Verbandsorgan zu große waren, wurde beschlossen, dasselbe in geringerem Umfange erscheinen zu lassen. Durch Urabstimmung erklärten sich die Mitglieder hiermit einverstanden.

Vom 1. Oktober 1894 bis zum 30. September 1896 hatte der Verband eine Einnahme von M. 26382 und eine Ausgabe von M. 22571, so daß ein Kassenbestand von M. 3810 verblieb. Als Ausgaben neben der Streikunterstützung sind verzeichnet: Verbandsorgan M. 6876, Generalversammlung M. 1047, Gewerkschaftskongreß M. 160, Konferenzen M. 110, Gehälter M. 1757. Beitrag an die Generalkommission M. 296. In der Einnahme stehen als Darlehn M. 1450 und als Beiträge anderer Gewerkschaften und Kartelle zur Streikunterstützung M. 2037.

Nach Kenntnisknahme des Geschäfts- und Kassenberichtes wird dem Vorstand Decharge erteilt. Zu der dann folgenden Statutenberathung ist eine große Anzahl Anträge gestellt. Beschlossen wird, den Wochenbeitrag von 10 auf 15  $\mathcal{M}$  zu erhöhen, doch soll für den Monat Januar kein Beitrag erhoben werden. Mitgliedern, welche 3 Monate dem Verbands angehören, wird, wenn sie durch Arbeitslosigkeit zur Reise gezwungen sind, in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März eine Reiseunterstützung vom 75  $\mathcal{M}$  pro Tag gewährt. Ist Arbeit am Orte vorhanden und weigert sich das reisende Mitglied, dieselbe anzunehmen, so ist die Unterstützung nicht zu zahlen. Alle zwei Jahre soll vom Zentralvorstand eine Statistik über die Lage der Bauarbeiter aufgenommen werden. Der Verbandstag verhandelte sodann über die Gründung eines Streikfonds und wird beschlossen, Marken und Karten zu beschaffen und den Mitgliedern die freiwillige Entnahme der Marken zu empfehlen. Es wird ferner einstimmig beschlossen, die Beiträge an die Generalkommission weiter zu zahlen.

Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg.

Nach Erledigung einiger die Kassenverhältnisse und die Streikunterstützung betreffender Angelegenheiten wird der Verbandstag geschlossen.

### Mittheilungen.

Das Gewerkschaftskartell in Leipzig giebt hiermit bekannt, daß alle Sendungen von nun an nur an den derzeitigen Vorsitzenden

Ernst Tanneberger, Leipzig-Anger, Korbachstr. 5, IV., zu richten sind.

Die Generalkommission.

### Situationsbericht.

In Liegnitz befinden sich gegenwärtig 100 Textilarbeiter und -Arbeiterinnen im Ausstände. Obgleich sich das Unternehmertum, ganz besonders aber die Firma Beer & Co., die erdenklichste Mühe giebt, den Arbeitern den Erfolg streitig zu machen und sie zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit zu zwingen, so waren doch bisher alle dahingehenden Bemühungen umsonst,

da die Arbeiter und Arbeiterinnen entschlossen sind, in ihrem gerechten Kampfe auszuhalten. Auch hier thut materielle Hilfe dringend noth. Die Ausständigen appelliren an das Solidaritätsgefühl der Arbeiter Deutschlands und hoffen, daß sie von denselben nicht im Stiche gelassen werden.

Die Adresse ist: Reinhold Peters, Liegnitz, Korbachstraße 9.

sich ermöglichen lassen würde, es sei denn, daß die gegenwärtigen Leiter, zu denen sie kein Vertrauen haben könnten, zurücktreten.

Das Eingreifen des anwesenden Vertreters der Generalkommission führte zur Wahl einer fünf-gliedrigen Kommission, die den Versuch einer friedlichen Beilegung des Streits machen und einen Weg finden sollte, wie die zersplitterten Kräfte wieder in eine Organisation zusammen geführt werden könnten. Das Resultat war ein äußerst negatives, indem es nur möglich war, zu verhindern, daß der nächste Kongreß nicht erst 1899, sondern schon 1898 stattfindet, und zwar gemäß dem in Halberstadt gefaßten Beschlusse. Da im gleichen Jahre seitens des Zentralverbandes der erste Verbandsstag abgehalten werden dürfte, werden sich beide Parteien über Zeit und Ort der Abhaltung eines gemeinsamen Kongresses verständigen und die so nothwendige Einigkeit im Interesse aller in Betracht kommenden Berufscollegen herbeiführen können. Die bezüglich der Organisationsfrage angenommene Resolution lautet:

„Die am 28. Februar in Leipzig tagende Konferenz aller auf dem Boden der Halberstädter Beschlüsse stehenden Handelshilfsarbeiter Deutschlands erklärt das unqualifizirbare Verhalten einzelner Anhänger der Zentralisation gegenüber dem Vertrauensmann der Handelshilfsarbeiter Deutschlands wie gegen die Halberstädter Beschlüsse organisirter Arbeiter unwürdig, und zwar um deswillen, weil nach ihrer Ueberzeugung die Angriffe nur dem Zwecke dienen sollten, die Einberufung eines Kongresses zur Gründung eines Zentralverbandes rechtfertigen zu können. Die Konferenz erklärt aus diesen Gründen die Handlungsweise der Betreffenden für undemokratisch und verwerflich, und kann daher die in Anbetracht der Unzuständigkeit des Kongresses in Altenburg von einer Minderheit beschlossene Zentralisation nicht anerkennen. Der „Handelshilfsarbeiter“ bleibt bis auf Weiteres Eigenthum der Berliner Organisation; ein dreigliedriger Ausschuß prüft alle an ihn schriftlich eingesandten eventuellen Beschwerden gegen den Vertrauensmann und die Redaktion. Berufungen gegen die Entscheidungen des Ausschusses können dem nächsten Veruskongreß unterbreitet werden. Ueber die Abhaltung des nächsten Kongresses hat der Vertrauensmann im Frühjahr 1898 seine Urabstimmung vorzunehmen.“

In namentlicher Abstimmung erfolgte einstimmige Annahme. Als Sitz des Ausschusses wurde Frankfurt a. M. gewählt.

Protestirt wird noch gegen einen Beschluß des Altenburger Kongresses, der die Ueberschüsse vom Berliner Privatpoststreik dem Zentralverband überwiesen hat und einer Berliner Resolution zugestimmt, welche den Gesamtüberschuß nach Abzug der Gerichtskosten der Berliner Gewerkschaftskommission, als Vertretung der gesamten Berliner Arbeiterschaft, überwiesen will.

Nach einer Ermahnung, recht rege für den Achtuhrkladenschluß, die Unfallnovelle, das Handelsgesetzbuch etc., soweit die Handelshilfsarbeiter daran interessiert sind, zu agitiren, fand Schluß der Konferenz statt.

\* \* \*

Die Vertreter der Generalkommission haben sowohl auf dem Kongreß in Altenburg, als auch auf dieser Konferenz eindringlich gemahnt, die in der Entwicklung befindliche Organisation nicht durch den Streit über die Organisationsform zu stören. Die Bemühungen waren vergeblich; man ließ sich nicht durch die traurigen Erfahrungen, die in anderen Verufen mit diesem Streit gemacht wurden, abschrecken. Wenn heute die beiden Organisationen auch erklären, sie würden sich gegenseitig nicht bekämpfen, sondern an ihrem Ausbau arbeiten, so zeigen die Verhandlungen auf der Konferenz und dem Kongreß wie die Vorgänge in den Versammlungen in einzelnen Orten, daß hieran nicht zu denken ist. Schon das Bestehen zweier Organe mit differirenden Meinungen über die Organisationsform muß zu fortgesetzten Auseinandersetzungen führen. Mit der Thatsache muß man sich abfinden, da alle Vorstellungen vergeblich waren. Durch eigene Erfahrung werden die Handelshilfsarbeiter dann wohl schließlich belehrt werden, daß solche Streitigkeiten auf Jahre hinaus die Organisation hemmen. Hoffentlich kommt diese Erkenntniß und die Einigung im nächsten Jahre, ehe der Schaden für die Berufsangehörigen zu groß wird.

### Generalversammlung des Zentralvereins der Gärtner.

Hamburg, 28. Februar u. 1. März.

Dieselbe setzt sich zusammen aus 10 Delegirten, welche 11 Städte mit 293 Mitgliedern vertreten, sowie den Mitgliedern des Hauptvorstandes.

Den Geschäfts- und Kassenbericht giebt der Geschäftsführer. Demselben ist zu entnehmen, daß der Verein in den letzten Jahren mit mancherlei Mißhelligkeiten zu kämpfen gehabt hat. Trotz eifrigsten Bemühens gelang es nicht, den Rückgang der Mitgliederzahl zu verhindern, geschweige denn, den Zentralverein vorwärts zu bringen. So mußte im Mai 1894 die achtsseitig erscheinende „Gärtnerzeitung“ in das vierseitige „Correspondenzblatt“ umgewandelt werden.

Auch eine im Jahre 1895 mit Hilfe der Generalkommission in Szene gesetzte größere Agitation durch den Vertrieb einer eigens zu diesem Zweck verfaßten Broschüre hatte nicht den gewünschten Erfolg. Erst im Jahre 1896 gestalteten sich die Verhältnisse etwas günstiger. Die Mitgliederzahl fing an, langsam zu steigen und damit gleichzeitig die Einnahmen, so daß bereits im Mai vorigen Jahres die Zeitung erweitert und vom Oktober ab wieder 14-tägig erscheinen konnte. Das Kassenverhältniß gestaltete sich folgendermaßen: Einnahme M. 598,96, Ausgabe M. 332,64. Kassenbestand am 1. März M. 266,32. Insgesamt gehören dem Zentralverein 500 Mitglieder an, welche sich auf 13 Zahlstellen vertheilen.

Die Diskussion, in welcher die Zeitungsfrage gleichzeitig mit verhandelt wird, ist eine sehr umfangreiche und richtet sich hauptsächlich gegen die Veränderung des Fachorgans, welche der Geschäftsführer eigenmächtig gegen den Willen des Zentralvorstandes vorgenommen hat. Schließlich findet eine Resolution Annahme, in welcher die Generalversammlung das Vorgehen des Geschäftsführers

Ueberzeugung gekommen sei, daß die Zentralisation die beste Organisationsform sei, und daß die Leipziger Kollegen sich wohl bald dem Verbands anschließen würden. Von einem Berliner Delegierten wurde der von der Generalkommission geplanten Enquete über die Lage der Arbeiterinnen im graphischen Gewerbe Erwähnung gethan. Nach kurzer Debatte wurde der Beschluß gefaßt: Obgleich der Verbandstag der Buchbinder nicht überzeugt sei, daß mit dieser Enquete gerade etwas Ersprießliches geschaffen werden könne, so ist es doch Pflicht, so viel wie möglich dieselbe zu unterstützen.

Die „Buchbinderzeitung“ hatte im Jahre 1893 eine Auflage von 3700 Exemplaren, im Jahre 1896 von 8700 Exemplaren. Der Sitz des Verbandes bleibt in Stuttgart. Zum Vorfigenden und Redakteur der Fachzeitung wird einstimmig Dietrich wieder gewählt und wird sein Gehalt von M. 1800 auf M. 2000 erhöht. Das Gehalt des Kassiers wird von M. 1400 auf M. 1600 festgesetzt.

Der Ausschuß behält seinen Sitz in Hannover. Nach Erledigung einiger unwichtiger Angelegenheiten wird der Verbandstag geschlossen.

### Konferenz

#### aller im Handels- u. Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Deutschlands.

Leipzig, 28. Februar 1897.

Außer 13 Delegierten, die 12 Städte vertraten, waren der Vertrauensmann und 2 Revisoren anwesend. Der Halberstädter Berufskongreß beschloß im Mai 1896, daß während der nächsten zwei Jahre seitens der Bezirksleiter darauf hingewirkt werden solle, daß auf dem Kongreß im Jahre 1898 ein Zentralverband gegründet werden könne.

Dieser Beschluß ist von einem Theile der Handelshilfsarbeiter auf einem im Dezember 1896 in Altenburg abgehaltenen außerordentlichen Kongreß durchbrochen worden, ohne daß irgend welche bedeutsamen stichhaltigen Gründe dazu vorhanden waren. Auf diesem Kongreß wurde ein Zentralverband der im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter mit dem Sitz in Berlin gegründet, auch beschloßen, eine eigene Zeitung unter dem Titel „Courier“ herauszugeben. Es bestehen also zur Zeit in dem ohnehin schwach organisirten Verufe zwei Organisationen, deren jede ihre eigene Zeitung hat.

Angeichts dieser Thatsache hielt es der in Halberstadt gewählte Vertrauensmann für erforderlich, eine Aussprache zwischen Delegierten der einzelnen Orte, die auf dem Boden der Halberstädter Beschlüsse stehen, herbeizuführen, um vor Allem die fernere Taktik zu bestimmen.

Der Klassenbericht des Vertrauensmannes weist folgende Ziffern auf: An Einnahmen seit 13. Mai 1896 bis 31. Januar 1897 für Quittungsmarken M. 756,25, Quartalsbeiträgen M. 217,30, auf Kongreßlisten M. 217,30, für Kongreßprotokolle M. 147,75, Klassenbestand M. 854,30, zusammen M. 2089,51. Für Agitation waren im gleichen Zeitraum ausgegeben M. 557,60, für Protokolle M. 377,20, an sonstigen Druckfachen und Utensilien M. 194,25. Unkosten des Kongresses in Halberstadt und Delegation nach Altenburg M. 417,40, Beitrag an die General-

kommission M. 75, Abonnements und Porto M. 285,74. In Summa M. 1907,19. Eine ganze Reihe Orte sind ihren Verpflichtungen dem Vertrauensmann gegenüber nicht nachgekommen, sie haben weder die in Halberstadt beschlossenen Beiträge pro Mitglied und Quartal von 10 M noch die erhaltenen Protokolle bezahlt, noch haben sie über die für verkaufte Maimarken vereinnahmten Beträge abgerechnet. Im Ganzen beträgt diese Summe M. 1218,22. Nach längerer Diskussion darüber fand folgende Resolution Annahme:

„1. Alle Restanten haben die empfangenen Exemplare des „Handelshilfsarbeiter“ an den Vertrauensmann für Deutschland zu bezahlen. 2. Da der Vertrauensmann die Marken und die Protokolle bezahlt hat, sind die empfangenen Marken und Protokolle entweder zurückzugeben oder an den Vertrauensmann für Deutschland zu bezahlen. 3. Die Quartalsbeiträge sind von allen Orten für so lange zu bezahlen, als sie nicht der neugegründeten Zentralorganisation angehört haben. Falls dem nicht Folge gegeben wird, beauftragen wir die örtlichen Gewerkschaftskartelle, sich mit unseren gerechten Ansprüchen zu befassen und ihnen Geltung zu verschaffen.“

In dem Referat über die Frage der Taktik kamen folgende Gesichtspunkte in Betracht: Die Arbeitsverhältnisse der im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter lassen für diese die Lokalorganisation als die beste Form der Organisation erscheinen, weil die lange Arbeitszeit es den Arbeitern nicht möglich macht, an politischen Versammlungen theilnehmen zu können; da die politische Aufklärung über die alle Handelshilfsarbeiter interessirenden Fragen aber nothwendig sei, müßten sie lokal organisiert sein, um sich mit politischen Fragen beschäftigen zu können. Auf die Durchführung von Streiks kann wenig Gewicht gelegt werden, da die in Betracht kommenden ungelernien Arbeiter sehr leicht ersetzt werden können. Die lokale Organisationsform biete mehr Bewegungsfreiheit als die zentrale; um die Arbeiter an die Organisation zu fesseln, müsse man ihnen etwas bieten, vor allem müsse man suchen, die Arbeiter nach ihren Berufen zu organisiren, weil naturgemäß ihre Interessen besser gewahrt und vertreten würden. Die Handelshilfsarbeiter könnten keine höheren Beiträge zahlen als bisher, im Uebrigen empfehlen sich auch hohe Beiträge und hohe Klassenbestände nicht, da sie unnöthig zu Streiks anregen. So sehr der Referent davon überzeugt ist, daß man es in organisirten Arbeiterkreisen nicht verstehen wird, daß die Handelshilfsarbeiter in zwei gleichen, d. h. auf dem Boden der klassenbewußten Arbeiterbewegung stehenden Organisationen die gleichen Zwecke verfolgen, so kann er doch nicht dazu rathen, dem gegründeten Zentralverband beizutreten. Er schlägt vor, den nächsten Kongreß im Jahre 1889 abzuhalten und im Weiteren an der bisherigen Organisation, als der besten für die Handelshilfsarbeiter, festzuhalten.

Die ziemlich lange Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Alle Redner verurtheilten die Handlungsweise der Zentralisten und glaubten, so sehr sie den gegenwärtigen Zustand der Zersplitterung bedauerten, doch nicht, daß eine Einigung resp. der Anschluß an den Zentralverband

stüzung der Generalkommission im Sommer 1895 eine Enquete über die auf den Bauten vorhandenen Mißstände in ganz Deutschland veranstaltet.

Die Ergebnisse dieser Enquete sind jetzt in einer Broschüre zusammengestellt, die unter dem Titel: „Mißstände im Baugewerbe. Eine Arbeiterdarstellung, herausgegeben von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ erschienen ist. Diese bildet ohne Uebertreibung eine Anklageschrift gegen Diejenigen, welche um des Profites willen mit Leben und Gesundheit ihrer Mitmenschen rücksichtslos umgehen. Auch auf die Stellung der gesetzgebenden Körperschaften und der Behörden, welche die Macht und die Pflicht haben, diese Mißstände zu beseitigen, wird ein großes Schlaglicht geworfen.

Die 9 $\frac{1}{2}$  Bogen starke Schrift enthält eine Besprechung aller Zweige des Bauwesens. In der Einleitung wird eine kurz gefasste Geschichte der Baukunst gegeben. Dann folgt eine Schilderung der Bodenspekulation und des Bauschwinds, wie des Submissionsverfahrens. In den weiteren Abschnitten werden die Sicherheitszustände und sonstigen gesundheitlichen Zustände auf Grund der durch die im Jahre 1895 von den Bauarbeitern in ganz Deutschland veranstaltete Enquete gewonnenen Materialien dargestellt und der Beweis erbracht, daß heute Leben und Gesundheit der Bauarbeiter dem Trachten nach Profit durch die Unternehmer geopfert werden. Des Weiteren werden die bestehenden gesetzlichen Vorschriften, welche für die Bauausführung und zum Schutze der Bauarbeiter vorhanden sind, besprochen. Nach diesen Darstellungen der tatsächlichen Verhältnisse werden Vorschläge gemacht, welche eine Aenderung der heutigen Zustände ermöglichen. Im Anhang folgen im Wortlaut Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften und ortspolizeiliche Vorschriften für die Bauausführung.

In so umfassender Weise, wie in dieser Broschüre, sind die Zustände auf Bauten noch nicht dargestellt worden. Für die Bauarbeiter ist diese Broschüre ein unentbehrliches Handbuch, aber auch das große Publikum hat ein Interesse daran, Kenntniß von den vorhandenen Mißständen auf den Bauten zu erhalten und für deren Beseitigung zu wirken. Die enge Fühlung, welche die Gewerkschaften in Deutschland heute durch die Verbindung der Zentralvereine und durch die örtlichen Gewerkschaftskartelle haben, machen es den Arbeitern, welche nicht im Baugewerbe thätig sind, zur Pflicht, für die Beseitigung der dort vorhandenen Miß-

stände zu wirken. Dazu gehört aber Kenntniß der tatsächlichen Zustände und der einschlägigen Gesetzesbestimmungen. Diese Kenntniß kann sich auch der mit den Zuständen auf Bauten nicht Vertraute durch das Studium dieser Schrift erwerben. Sie darf deshalb in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen. Besonders die Leiter der örtlichen Gewerkschaftskartelle müssen sich über die Verhältnisse orientiren, da sie durch ihre Stellung verpflichtet sind, dafür zu wirken, daß Mißstände, die sich in einem Beruf in krasser Weise zeigen, beseitigt werden. Dasselbe gilt auch von den Verwaltungsbeamten der Zweigvereine der Zentralverbände. Die gesammte organisirte Arbeiterschaft muß geschlossen eintreten, wenn es gilt, eine Berufskategorie der Arbeiter von sie schwer belastenden Mißständen zu befreien. Dazu wird die Verbreitung der Schrift wesentlich beitragen. Der Preis derselben beträgt pro Exemplar 60  $\mathcal{M}$  und ist zu beziehen durch C. Legien, Hamburg 6.

Eine wesentliche Ergänzung findet diese Darstellung durch eine zweite Schrift, die durch denselben Verlag zu beziehen ist und den Titel führt: „Ein Beitrag zur Geschichte der bürgerlichen Arbeiterschutzes-Gesetzgebung in Deutschland“. Von G. Heinke. Die Schrift beschäftigt sich hauptsächlich mit den Gefahren, welche für Bauarbeiter im Innenaufbau vorhanden sind und durch offene Kofaksfeuer und nicht verglaste Fenster im Winterbau hervorgerufen werden. Sorgsam gesammelte Materialien liefern den Nachweis, daß eine Beseitigung der vorhandenen Mißstände im Interesse der Bauarbeiter wie auch des Publikums liegt. Das Schriftchen enthält die Protokolle über die Verhandlungen, welche von einer Dresdener Bauarbeiterkommission im Reichskanzleramt und im Reichsversicherungsamt über die Frage geführt worden sind, und giebt somit den Bauarbeitern davon Kenntniß, wie an diesen maßgebenden Stellen in der Angelegenheit gedacht wird. Der Preis beträgt 30  $\mathcal{M}$  pro Exemplar.

Um die vorhandenen Mißstände zu beseitigen, muß energisch von der Arbeiterschaft dagegen Front gemacht werden, und ist hierzu Kenntniß der vorhandenen Verhältnisse erforderlich. Diese in den weitesten Kreisen zu verbreiten, ist Aufgabe der organisirten Arbeiter. Deswegen sei besonders den Bauarbeitern wie auch den Verwaltungsbeamten der Gewerkschaften die weiteste Verbreitung der beiden Schriften empfohlen.

## Der Streik der Hafnarbeiter und Seeleute in Hamburg-Altona.

Unter diesem Titel ist von der Generalkommission die schon angekündigte Broschüre über den Streik erschienen. Die Schrift ist sieben Bogen stark und enthält in dem I. Abschnitt eine Schilderung des Hafenverkehrs in Hamburg. Das Verständniß für diese Darstellung wird durch eine für den Zweck besonders angefertigte, der Broschüre beigelegte Karte des Hamburger Hafens erleichtert. Es folgt anschließend dann eine Uebersicht über die Profite der Rheder an der Hand der Berichte der Handelskammer und der Rheder-Aktiengesellschaften, denen gegenüber dann die Lohnverhältnisse der Hafnarbeiter geschildert werden. Die

Arbeitsmethoden von 15 verschiedenen Kategorien der Hafnarbeiter werden geschildert, und bei den im Streik wohl nur dem Namen nach bekannt gewordenen Schauerleuten, Ewerführern, Kesselreinigern, Donkeyleuten usw. geschieht dies so ausreichend, daß auch dem mit den Verhältnissen nicht Vertrauten diese Arbeitsmethoden klar vor Augen treten. Die Lage und Arbeitsmethode der Seeleute, die bisher nur sehr unzureichend in der weiteren Oeffentlichkeit geschildert wurde, wird ganz besonders in der Schrift berücksichtigt. Die Ursachen des Streiks werden im dritten Abschnitt vor-

tabelt, im übrigen aber zur Tagesordnung übergeht.

Der Bericht aus den einzelnen Zahlstellen liefert kein erfreuliches Bild. Die wirtschaftliche Lage der Gärtner ist überall eine gleich traurige. Die Arbeitslöhne sind niedrig, die Arbeitszeit lang, während die Organisation überall darniederliegt.

Das Abhängigkeitsverhältnis der Berufsgenossen ist ein sehr großes, so daß es ungemein schwer ist, dieselben für die Bewegung zu gewinnen.

Beim Punkt: „Die Rechtsstellung der Gärtner“, wird hervorgehoben, daß heute noch darüber sehr viel Unklarheit herrsche. Von der Gesetzgebung seien die Gärtner bisher immer als Stiefkinder behandelt worden, indem sich dieselbe noch nicht hat herbeilassen können, die Gewerbeordnung auch auf die Gärtnereibetriebe auszudehnen. Heute liegen die Verhältnisse so, daß der größte Theil der Gärtner noch der Gesindeordnung untersteht. Es sei bedauerlich, daß sich die Gärtner mit dieser unwürdigen Stellung abfinden und sich nicht gegen dieselbe auflehnen. Nachdem an den hauptsächlichsten Paragraphen der Gesindeordnung eine sehr scharfe Kritik geübt worden, wird ganz besonders auf die Nothwendigkeit hingewiesen, in Zukunft mehr als bisher dafür zu agitiren, daß auch die Gärtner der Gewerbeordnung unterstellt werden. Hierauf findet folgende Resolution Annahme:

„Die Rechtsstellung der deutschen Gärtnergehülfen ist überaus unklar und unbestimmt. Die verschiedensten Urtheile und Entscheidungen von Gerichten und Organen der Regierungs- und Verwaltungsbehörden beweisen, daß die Stellung der Gärtnergehülfen zur Reichsgewerbeordnung noch unentschieden ist. Dieser Zustand der Rechtsunsicherheit für die deutschen arbeitnehmenden Gärtner giebt zu den schwersten Bedenken Anlaß: einestheils macht er die Vortheile der Gewerbeordnung (Arbeiterschutzgesetze) für die im Gartenbau thätigen Personen illusorisch und überläßt es dem subjektiven Ermessen des Richters, bei aus dem Arbeitsvertrag resultirenden Streitigkeiten die ordentlichen Gerichte (Amtsgericht etc.) oder die Gewerbegerichte für zuständig zu erklären; anderentheils wird auch die gesammte Organisation der im Gartenbau thätigen Personen hierdurch gefährdet.

Es ist deshalb Pflicht aller arbeitnehmenden Gärtner, nach Möglichkeit Klarheit über die Rechtsstellung der Gärtner zu verlangen und ihre Unterstellung unter die Gewerbeordnung herbeizuführen. Der hierzu eingeschlagene Weg der Massenpetitionen ist zu verwerfen, da derselbe keine Aussicht auf Erfolg verspricht und außerdem nur beschritten werden könnte, um bloß die Gärtner von der Gesindeordnung zu befreien,

während es doch Aufgabe eines jeden klassenbewußten Arbeiters sein muß, für die Beseitigung der Gesindeordnung überhaupt einzutreten.

Die Generalversammlung des Z.-B. d. G. erklärt es für einen unwürdigen Zustand, daß noch weite Kreise der Bevölkerung der Gesindeordnung unterstehen und verspricht, mit allen Mitteln für Aufhebung derselben thätig zu sein. Als bestes Mittel, um auch die arbeitnehmenden Gärtner die Vortheile der Gewerbeordnung theilhaftig werden zu lassen, bezeichnet die heutige Generalversammlung eine kräftige Organisation, welche im Stande ist, die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verbessern und namentlich das Kost- und Logiswesen in unserem Berufe aufzuheben.“

Ferner wird beschlossen, der Hauptvorstand wird beauftragt, Material über die Rechtsstellung der Gärtner zu sammeln, welches zu geeigneter Zeit zu einer Broschüre verarbeitet und zur Agitation verwandt werden soll.

Ueber die Gärtnerstage in Erfurt und Nürnberg entspinnt sich ebenfalls eine umfangreiche Diskussion, in welcher hervorgehoben wird, daß sich die Erwartungen, welche man auf dieselben gesetzt habe, leider nicht erfüllt haben. Wenn es auf dem Gärtnerstage in Erfurt den Anschein hatte, als sollte eine Einigung unter den Gärtner der verschiedenen Richtungen zu Stande kommen, so hat der Nürnberger Tag diese Hoffnung vollständig zerstört. Trotzdem fand eine Resolution Annahme, in welcher es die Generalversammlung als Pflicht des Zentralvereins erachtet, das Statut so auszubauen, daß es sich, ohne die bisherigen Prinzipien aufzugeben, mit dem in Erfurt geschaffenen deckt.

Zu Punkt „Statutenberathung“ liegt ein vollständig neuer Entwurf vor, welcher sich jedoch im Wesentlichen mit dem bisherigen Statut deckt. Der Titel des Vereins wird in „Deutsche Gärtner-Vereinigung“ umgewandelt. Der Beitrag wird von 15 auf 20  $\mathcal{M}$  erhöht, doch bleiben Mitglieder während Krankheit und Arbeitslosigkeit, sobald letztere über vier Wochen dauert, von demselben befreit. Zur Betreibung einer wirksamen Agitation soll ein Fonds angesammelt werden. Der Vorstand wird beauftragt, im Frühjahr und im Herbst statistische Erhebungen zu veranstalten. Die Generalversammlungen finden alle zwei Jahre statt; zur Deckung der Unkosten soll im Monat Mai jedes Jahres eine Extrasteuer von 25  $\mathcal{M}$  erhoben werden. Der Sitz des Zentralvereins bleibt in Hamburg, zum Sitz des Ausschusses wird Berlin bestimmt.

Ferner wird beschlossen, das bisherige Verhältnis zur Generalkommission auch weiter aufrecht zu erhalten.

## Zur Agitation unter den Bauarbeitern zur Beseitigung der Mißstände auf Bauten.

Seit Jahren sind die Bauarbeiter bemüht, die Mißständen, welche sich bei der modernen Bauausführung infolge des Submissionswesens, der Boden speculation, des Bauswindels und der damit verbundenen Hast der Bauausführung, sowie des Bestrebens, möglich viel Profit aus dem Baugewerbe herauszuschlagen, einengen zu haben, zu beseitigen. Die hierauf gerichtete Be-

wegung hatte jedoch bisher keinen einheitlichen Charakter. Dieser ist durch gemeinsames Vorgehen der sämtlichen Bauarbeiterkategorien im Jahre 1895 herbeigeführt worden. Aus allen Branchen der Bauarbeiter wurden zwei Kommissionen gebildet, deren erste, als leitender Faktor, in Hamburg, die zweite ihren Sitz in Dresden hatte. Von diesen Kommissionen wurde mit Unter-

geführt und der Beweis erbracht, daß weder englischer noch sozialdemokratischer Einfluß den Ausbruch des Streiks herbeigeführt hat. Die dann folgende Schilderung des Streiks enthält alle wichtigen Schriftstücke im Wortlaut, die zwischen dem Senat und Arbeitgeberverband und der Streikleitung gewechselt sind. Daß auch der Humor den Streikenden trotz der schwierigen Lage nicht ausging, wird durch zwei dem Text eingefügte Flugblätter in plattdeutscher Sprache dargethan. Der letzte Abschnitt bringt eine Abhandlung über die aus dem Streik zu ziehenden Lehren und macht es der Arbeiterschaft klar, daß nur bei ausreichend organisirten und genügend materiell gesicherten Streiks Erfolg für die Arbeiterschaft zu erwarten ist.

Als Anhang ist ein Bericht und eine Abrechnung des Dockarbeiterstreiks in London vom Jahre 1889 in Uebersetzung des englischen Originals gebracht, und dem Leser drängt sich bei dem Vergleich dieses Berichtes mit dem Vorgehen der Behörden und der Handlungsweise der bürgerlichen Presse gegenüber den Streikenden die Uebersetzung auf, daß in England den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter eine andere Beurtheilung seitens der Behörden und des Bürgerthums zu Theil wird als in Deutschland. Diese andere Stellung entspringt jedoch nicht aus der größeren Sympathie, welche die Kapitalisten Englands den Arbeitern entgegenbringen, sondern aus der Machtstellung, welche die englische Arbeiterschaft sich durch die Organisation errungen hat.

Jedem, der dem Streik mit Interesse gefolgt ist, wird der Inhalt der Broschüre eine Reihe der

Vorgänge zum Verständniß bringen und diesen gewaltigen wirtschaftlichen Kampf nochmals in seinem Verlauf vor Augen führen. Der Preis der Broschüre ist 30  $\mathcal{M}$ , inklusive Porto. Zu beziehen ist dieselbe durch C. Legien, Hamburg 6.

Noch immer sind nicht die sämmtlichen Streikenden von den Unternehmern wieder eingestellt. Die Arbeit im Hafen ist infolge der Bitterungsverhältnisse noch nicht in vollem Umfange wieder aufgenommen. Dieser Umstand ermöglicht es den Arbeitgebern, unter den Arbeitern Auslese zu halten und ihnen Bedingungen diktiert zu können. Die Senatskommission hat zwar Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzelner Branchen vernommen, doch ist von einer Besserung der Lohnverhältnisse und der Beseitigung vorhandener Mißstände noch nichts zu bemerken. Ob die Arbeitgeber hierzu überhaupt die Hand bieten werden, erscheint nach den bisher gemachten Erfahrungen sehr fraglich. Die Arbeiter werden eine Befriedigung ihrer Wünsche nur dann erreichen, wenn sie durch treues Festhalten an der Organisation den Beweis liefern, daß sie bereit sind, sich dieselbe eventuell zu erkämpfen. Um Muthlosigkeit und Niedergeschlagenheit nicht Platz greifen zu lassen, muß nach Möglichkeit für Unterstützung der noch Beschäftigungslosen gesorgt werden. Das Centralstreikcomité hat sich aufgelöst, und hat der Vorstand des Hafenarbeiterverbandes die weitere Erledigung der Geschäfte übernommen. — Die Adresse für auf den Streik bezügliche Angelegenheiten und Geldsendungen ist: C. Schippmann, Gänsemarkt 35, Leisinghalle, Hamburg.

### Bericht über die Thätigkeit des Gewerkschaftskartells in Straßburg i. E.

Der Bericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1896. Auch im verflossenen Jahre war die Thätigkeit des Kartells eine vielseitige. In erster Linie lag es ihm ob, für die Theilnahme der Gewerkschaften an der Maifeier, welche seitens der Partei arrangirt wurde, zu agitiren, was ihm insoweit gelang, indem auch die letzte Maifeier einen imposanten Verlauf genommen hat. Die Lokalfrage, welche zu einer der brennendsten Fragen für die Organisationen Straßburgs geworden ist, war es auch im letzten Jahre noch nicht möglich, zu lösen, trotzdem sich das Kartell die erdenklichste Mühe gegeben hat, ein geeignetes Stablisement zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten zu gewinnen. Denn für eine gedeihliche Fortentwicklung der Gewerkschaftsorganisationen ist der Mangel an einem geeigneten Versammlungsort das größte Hinderniß. Des Ferneren beschäftigte sich das Kartell mit der Errichtung einer Zentralherberge. Dieses Projekt konnte bisher jedoch noch nicht verwirklicht werden, weil es hierzu an den erforderlichen Mitteln fehlte.

Die Gewerbegerichtswahlen, welche im verflossenen Jahre stattgefunden haben, hatte das Kartell in die Hand genommen und geleitet. Obgleich dieselben einen bedeutenden Kräfteaufwand erforderten, so war die Arbeit doch nicht umsonst, denn vier Vertreter der organisirten Arbeiter Straßburgs gingen aus denselben als Sieger her-

vor. Auch an den Wahlen zu den Ortskrankenkassen nahmen die Arbeiter auf Anregung des Kartells Theil, und zwar mit demselben Erfolg, indem die Vorstandsposten zum größten Theil mit organisirten Arbeitern besetzt wurden.

Was die weiteren Arbeiten des Kartells anbetrifft, so sei noch erwähnt, daß dasselbe lebhaften Antheil an allen am Ort selbst und außerhalb desselben stattgefundenen Streiks genommen hat durch Veranstellung von Sammlungen, soweit es den örtlichen Verhältnissen entsprechend möglich war. Es wurden folgende Streiks mit Geldmitteln unterstützt: der Brauer, Spengler, Lederarbeiter, Baumwollenspinner, Dachdecker, Seiler, Hutmacher, Buchbinder, Posamentirer und Hafensarbeiter. Sich selbst aber gewährte das Kartell den Bezug des „Correspondenzblatt“ in der Zahl der in demselben vertretenen Delegirten.

Leider konnten nicht alle Beschlüsse zur Durchführung gebracht werden. Die Anschaffung einer Bibliothek, dieses schon lange empfundene Bedürfniß, konnte nicht verwirklicht werden, weil es nicht möglich war, die dazu nöthigen Geldmittel aufzubringen.

Ein die Thätigkeit des Kartells ungemein hemmender Umstand ist der häufige Wechsel der Delegirten. Es ist nothwendig, daß die Gewerkschaften in Zukunft in der Auswahl der Delegirten etwas vorsichtiger zu Werke gehen und nur solche Leute delegiren, welche in der Lage und

gewillt sind, die Periode, für welche sie gewählt sind, auszuhalten und in treuer Pflichterfüllung ihres Amtes zu walten.

Die Einnahme des Kartells betrug im verfloffenen Jahr M. 1308,76, die Ausgabe M. 1211,86, verbleibt ein Kassenbestand von M. 96,90. Unter den Ausgaben befinden sich unter anderem für

die Gewerbegerichtswahlen M. 84 und für die Hamburger Hafenarbeiter und Seeleute M. 420. Zur Bewältigung der ihm obliegenden Arbeiten hielt das Kartell 21 ordentliche und 3 außerordentliche Sitzungen ab. Betheiligt sind zur Zeit an demselben 24 Gewerkschaften.

## Aus den Niederlanden.

In Nummer 44 des „Correspondenzblatt“ berichteten wir, daß der „Allgemeine Niederländische Diamantarbeiterbund“ am 1. Dezember seine Thätigkeit eingestellt hatte. Das Unternehmertum hatte bekanntlich einen Feldzug gegen den Bund geplant, indem es die Mitglieder zwingen wollte, aus demselben auszutreten. Um nun einem allgemeinen Arbeiterausschluß, welcher sowohl dem Bund, wie den Mitgliedern bedeutende Opfer auferlegt haben würde, vorzubeugen, wurde mit Einstimmigkeit ein Beschluß herbeigeführt, die Thätigkeit so lange einzustellen, bis sich der Sturm gegen den Bund gelegt hat und die Zeiten wieder günstiger geworden sind. Nachdem der Bund sechs Wochen in Unthätigkeit verharrt hat, wurde in einer von über 4000 Mitgliedern besuchten Versammlung der Beschluß gefaßt, nunmehr wieder aus der Reserve hervorzutreten und die Thätigkeit wieder aufzunehmen. In einer diesbezüglichen Resolution wird auf das gemeingefährliche Vorgehen der Unternehmer hingewiesen und empfohlen, da dieselben ihr Vorhaben gegen den Bund eingestellt zu haben scheinen, den Beschluß vom 1. Dezember zu annulliren, jedoch mit dem Vorbehalt, daß, falls die gehegten Erwartungen nicht eintreffen, dem Bund das Recht zusteht, diejenigen Maßnahmen zu treffen, welche den Verhältnissen entsprechend nothwendig erscheinen.

Am 3. Februar arrangirte der Zentralvorstand in Amsterdam im „Palais für Volkswohl“ eine Bundesversammlung, um zu dem Streik der Hanauer Diamantarbeiter Stellung zu nehmen. Die Versammlung nahm einen imposanten Verlauf und endete mit der Annahme folgender Resolution: „In Erwägung, daß die Diamantarbeiter aller Länder die gleichen Interessen haben; in fernerer Erwägung, daß auf dem internationalen Kongreß 1895 beschlossen wurde, eine internationale Organisation in die Wege zu leiten; ferner, die Hanauer Fachgenossen ihre internationale Solidarität schon oft bekundet, indem sie ihre ausländischen Brüder bei deren Lohnkämpfen thätig unterstützt haben, hält es der Bund für Pflicht aller Diamantarbeiter, die sich im Streik befindenden Hanauer Fachgenossen mit allen Kräften zu unterstützen. Der Hauptvorstand wird ermächtigt, zur Unterstützung derselben aus der Hauptkasse fl. 600 = M. 1000 wöchentlich beizutragen.“

Ferner trägt sich der Diamantarbeiter-Bund mit dem Plan, ein eigenes Vereinsgebäude im Centrum von Amsterdam zu errichten. In demselben soll unter Anderem eingerichtet werden: eine eigene Bäckerei, ein Magazin für Kolonial- und sonstige Waaren, eine Druckerei, Bundesäle für Versammlungen und Festlichkeiten, sowie Restauration und Anderes mehr. Ferner ist in's Auge

gefaßt eine Verkaufshalle für Fleischwaaren und ein Manufakturwaaren-Magazin. Der Bund zählt gegenwärtig zwischen 8000 und 10000 Mitgliedern.

Die Bäckereiarbeiter der Niederlande haben in letzter Zeit eine energische Agitation für Abschaffung der Nachtarbeit entfaltet. In den verschiedensten Städten des Landes sind zahlreich besuchte Versammlungen abgehalten worden, in welchen zu dieser Frage Stellung genommen wurde. In allen Versammlungen gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher auf die gesundheits-schädigende Einwirkung der Nachtarbeit hingewiesen wird. Sowohl das konsumirende Publikum, wie Arbeitgeber und Gesetzgeber werden ersucht, die Bäckereiarbeiter in diesem Bestreben zu unterstützen. Vor allen Dingen aber wird darauf hingewiesen, daß es die erste Pflicht der Bäckergehilfen ist, sich ihrer Organisation anzuschließen, um durch die Macht der Vereinigung diesen Uebelstand beseitigen zu können. Bemerkenswerth ist, wie wir bereits früher an dieser Stelle mitgetheilt haben, daß selbst unter den Bäckermeistern der Niederlande sich in letzter Zeit eine Bewegung bemerkbar gemacht hat, die Nachtarbeit in den Bäckereibetrieben abzuschaffen. Es sind in dieser Sache seinerzeit Fragebogen an die einzelnen Bäckermeister versandt worden, wie sich dieselben zur Abschaffung der Nachtarbeit stellen und um Angaben gebeten worden, wie sich diese Maßnahme am besten durchführen läßt. Das Ergebnis dieser Umfrage ist bis jetzt jedoch noch nicht bekannt geworden.

Der Streik der Feilenhauer in Rotterdam ist nach fünfmonatlicher Dauer resultatlos verlaufen. Außer drei Gemahregelten sind sämtliche Arbeiter wieder eingestellt worden.

Ein „Allgemeiner Niederländischer Spinner- und Weberbund“ ist in's Leben gerufen worden. Dem Bunde, welcher die Rechte einer juristischen Person besitzt, kann Jeder beitreten, welcher in den Niederlanden das Spinner- oder Weberfach ausübt. Zum Ziel hat sich derselbe gesetzt: 1. die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Fachgenossen durch Erringung eines Maximalarbeitstages von 48 Stunden die Woche mit einem Minimallohn; 2. die Errichtung eines Streiffonds; 3. soll sich der Bund mit ausländischen, dieselben Ziele verfolgenden Bruderorganisationen in Verbindung setzen und dem nationalen Arbeitersekretariat beitreten. Sobald es die finanziellen Mittel erlauben, soll ein Fachorgan in's Leben gerufen werden. Jedes Jahr zu Pfingsten findet eine Generalversammlung statt, zu welcher jede Filiale mindestens einen Delegirten zu entsenden hat. Der Beitrag an die Hauptkasse beträgt pro Woche 1 Cent, wovon  $\frac{1}{2}$  Cent für Propaganda

und  $\frac{1}{2}$  Cent als Streiffonds angelegt wird. Aus dem Streiffonds sollen auch diejenigen Mitglieder unterstützt werden, welche wegen ihrer Thätigkeit für den Bund brotlos geworden sind, wenn  $\frac{2}{3}$  der Mitglieder dafür stimmen. Auch kranken Mitgliedern kann aus diesem Fonds eine Unterstützung gewährt werden.

Die Regierung hat der zweiten Kammer einen Gesegentwurf, betr. Arbeiterkammern und Unfallversicherung, vorgelegt. Nach der Begründung der Regierung sollen die Arbeiterkammern folgenden Zweck haben: 1. Den Sammelpunkt bilden für Aufklärung in Arbeitsangelegenheiten; 2. als Auskunftsstelle dienen für die Regierung, sowie für die Provinzial- und Gemeindebehörden; 3. sollen dieselben als Einigungsamt bei Lohnstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fungieren. Nach einer Definition über den Begriff Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird weiter bestimmt, daß die Kammern mindestens in jedem Jahre viermal zusammentreten müssen. Desgleichen können dieselben zusammenberufen werden, wenn es der Vorsitzende resp. der Vorstand für notwendig erachtet oder ein Drittel der Mitglieder der Kammer es verlangt.

Wählbar in die Arbeiterkammer ist jeder Niederländer, ganz gleich, ob männlich oder weiblich, welcher 30 Jahre alt ist und in den letzten zehn Jahren vor der Wahl in seinem Wahlbezirk mindestens drei hintereinander folgende Jahre als Arbeiter oder Arbeitgeber thätig war. Wahlberechtigt sind alle Personen, männliche wie weibliche Niederländer, welche 25 Jahre alt sind und im letzten Kalenderjahr in ihrem Wahlbezirk ihren Beruf als Arbeitgeber oder Arbeiter ausgeübt haben. Zur Ausübung des Wahlrechts müssen seitens der Arbeitgeber den Arbeitern mindestens zwei Stunden freigegeben werden. Die Leitung der Arbeiterkammern besteht aus drei Personen, einem Vorsitzenden, welcher jedes Jahr wechselt, und zwei Beisitzern. Ferner ernennt jede Kammer einen Sekretär für die Dauer von fünf Jahren. Der Vorstand ist verpflichtet, jedes Jahr einen Bericht an die Regierung zu erstatten. Weiter behandelt der Entwurf, wie Streitigkeiten zum Austrag gebracht werden sollen. Falls eine Einigung der Parteien nicht zu Stande kommt, hat die Kammer das Recht, einen Spruch zu fällen, welchem sich dieselben zu fügen haben. Die Sitzungen der Kammern sind nicht öffentlich.

## Mitteilungen.

**Das Gewerkschaftskartell in Neumünster** hat bereits in Nr. 38 des „Correspondenzblatt“ vom v. J. bekannt gegeben, daß es in Zukunft nur solche Sammellisten zum Vertrieb übernehmen wird, welche vom Zentralvorstand der streifenden Gewerkschaft herausgegeben und gestempelt sind. Wir werden nun ersucht, diesen Beschluß nochmals zu veröffentlichen. Gleichzeitig werden wir ersucht, den Wunsch daran zu knüpfen, daß über diese Frage in den örtlichen Gewerkschaftskartellen eine Aussprache herbeigeführt wird, welchem wir hiermit bereitwilligst nachkommen.

Einen gleichen Beschluß hat **das Gewerkschaftskartell in Mannheim** gefaßt, auf welchen wir hiermit ebenfalls aufmerksam machen.

**Die Gewerkschaftskartelle in Gießen und Hagen i. W.** geben bekannt, daß eingefandte Sammellisten in Zukunft nicht mehr retournirt werden. Zur Erlangung von Unterstützung genügt die Einsendung eines Situationsberichts.

**Der am 26. und 27. Dezember v. J. in Berlin stattgefundene zweite Kongreß der Graveure und Biseleure** hat, wie bekannt, die Gründung eines Zentralverbandes be-

schlossen. Derselbe ist am 1. Februar in Kraft getreten. Der Vorstand genannten Verbandes richtet nun an die Vertrauensleute der örtlichen Gewerkschaftskartelle das dringende Ersuchen, ihn in der Agitation für Ausbreitung der jungen Organisation nach Kräften zu unterstützen.

Die Adresse des Zentralvorsitzenden ist: Ernst Brückner, Berlin SO., Mariannenstr. 5, H. 2.

**Zur Unterstützung für die ausgesperrten Hafearbeiter und Seelente in Hamburg** gingen bei der Generalkommission ein: Paris, Verein der Zuschneider M. 2,40; Madrid, sozialdemokratische Partei Spanien, durch B. Simal M. 257; Nordamerika, Vereinigung der Brauereiarbeiter, durch Kurzenknebe M. 51,23; Nordamerika, Vereinigung der Brauereiarbeiter in Syracus, durch Karl Young M. 103,08; Bassau i. B., durch M. Spann M. 3,50; Bischofswerda, durch Reuhoff M. 10; Deuthen i. Schl., durch E. Tuskler M. 2,25; Brauereiarbeiter Nordamerikas durch Kurzenknebe M. 61,85; Verden, durch Güntheroth M. 20; von demselben für die Schuhmacher in Weiskensfeld M. 15,70 und für die Diamantarbeiter in Hanau M. 15.

Quittung über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 29. Januar bis 4. März 1897 eingegangene Gelder.

Quartalsbeiträge	(1. Quartal 1896) Verband der Schneider .....	M. 284,80
"	(4. Quartal 1896) Verband der Töpfer .....	" 175,—
"	(3. Quartal 1896) Verband der Tabakarbeiter .....	" 391,—
"	(3. Quartal 1896) Verband der Tergitarbeiter .....	" 452,50
"	(4. Quartal 1896) Verband der Vergolber .....	" 30,83
"	(3. u. 4. Quartal 1896) Verband der Schiffszimmerer .....	" 71,74
"	(4. Quartal 1896) Verband der Zimmerer .....	" 386,40

Außerdem gingen noch ein zur Deckung des Defizits: vom Verband der Vergolber .....

**Ab. Röste, Hamburg-Gimsbüttel, Meißnerstr. 5, Haus 1, III.**